

Anlage 1

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
meine Damen und Herren Stadtverordnete,
werte Gäste,

stellen Sie sich vor unser Stadtsäckel oder ihre heimische Haushaltskasse wären prall gefüllt und Sie und wir könnten nur von den Zinsen leben.

Sie lächeln, eine Illusion ?

Mit Nichten meine Damen und Herren. 2004 gab es in Deutschland 53 Milliardäre, Tendenz zunehmend. Die noch höhere Anzahl von Einkommensmillionären lasse ich mal außen vor.

Sie sehen also, dass Geld in Deutschland kein Problem ist.

Probleme hat nur der, der keines oder zu wenig besitzt.

Und so geht es sicherlich ihnen und unserem Stadthaushalt, insbesondere seiner Einnahmesituation nun schon seit Jahren. Womit wir beim Thema wären.

Wir freuen uns über die nur wenig gesunkenen Gewerbesteureinnahmen, die gestiegenen Schlüsselzuweisungen (leider nur 2006) , den relativ stabilen Einkommenssteuer-Anteil, einen insgesamt ausgeglichenen Haushalt und dass wir deshalb kein Haushaltssicherungskonzept mehr brauchen.

Doch zu welchem Preis?

Beim Haushalt 2006 wurden alle nur möglichen Ausgaben reduziert, so die Kämmerin wörtlich.

Trotzdem gibt es noch weitere Unwegsamkeiten, wie die Bibliothek, die Nachbewertung der Einnahmerealisierung der Städtischen Betriebswerke oder die Entwicklung der Kita-Zuschüsse, der Vertrag mit dem Kreis läuft nur bis 2006.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Linkspartei.PDS hat sich aktiv in die Haushaltsdiskussion 2006 eingebracht. Mit einem umfangreichen Fragenkatalog an die Verwaltung legten wir dabei die Schwerpunkte auf die Probleme:

- Haushaltseinsparungen,
- Deckungsquellen für die Erweiterung des Sozial- und Familienpasses und
- Personalkostenentwicklung.

Zum letzteren Problemkreis gestaltete sich die Haushaltsdiskussion nach wie vor unbefriedigend. Während auf der einen Seite ein 5'prozentiger Lohnverzicht für 2006 durch die Bürgermeisterin durchgesetzt wurde, ist auf der anderen Seite festzustellen, dass sich Personalausgaben erhöhen und Eingruppierungen weiter bestehen, obwohl z.B. Amtsleiteraufgaben weggefallen sind. Meine Fraktion anerkennt den 5'prozentigen Lohnverzicht, wir sagen aber auch, dass niedrige Lohngruppen davon ausgenommen werden sollten und das auch gelingen kann, wenn alle Reserven erschlossen werden. Nicht unsere Zustimmung für den Haushaltsplan 2006, **aber für 2007** werden wir deshalb am Vorliegen eines Personalbedarfs- und

Personalentwicklungsplanes 2007 bis 2012 festmachen. Grundlage soll eine aufgabenkritische Betrachtung der Verwaltungsaufgaben und -strukturen sein. Im Rahmen der Planung sind die quantitativen und qualitativen personellen Kapazitäten für die Erfüllung künftiger Aufgaben zu bestimmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Frau Bürgermeisterin, uns ist schon klar, dass die Personalentwicklung nicht als „All-Heilmittel“ oder „Problemlöser“ von Haushaltsengpässen verstanden werden kann. Nur kommt man nicht daran vorbei, dass die Personalentwicklung eine der wichtigsten Führungsaufgaben ist. Hierbei sind die tariflichen und gesetzlichen Möglichkeiten unter Beachtung der Verwaltungsziele, mit den Anforderungen des Arbeitsplatzes und den individuellen Voraussetzungen der Beschäftigten in Einklang zu bringen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Linkspartei.PDS hat in die Haushaltsdiskussion 2006 zwei Sachanträge eingebracht - einen zur Erweiterung des Sozial- und Familienpasses und einen weiteren zur frühzeitigen Information der regionalen Unternehmen über die Investitionsprojekte der Stadt.

- 2 -

Beide Anträge haben die parteiübergreifende Unterstützung gefunden und sind auf offenen Ohren in der Verwaltung gestoßen. Wie wir überhaupt die sachliche Atmosphäre im zuständigen Finanzausschuss unter Leitung von Herrn Wessel schätzen und die sachorientierte Zusammenarbeit mit der Kämmerin Frau Mnestek.

Zur vorliegenden Verwaltungsvorlage aus der Diskussion des Fachausschusses in Umsetzung des Antrages zur Erweiterung des Sozial- und Familienpasses gestatten Sie mir deshalb nur eine Anmerkung:

Von Seiten der Verwaltung wurden Argumente angeführt, warum der Sozial- und Familienpass zukünftig nur noch Sozialpass heißen sollte. In Anbetracht eines aktuellen Beschlusses des Landtages vom 26. Januar 2006 wünschten wir uns hier noch mal eine Denkpause. So hat der Landtag ein Maßnahmenpaket für Familien- und Kinderfreundlichkeit beschlossen, das insgesamt 61 Maßnahmen umfasst und auch Anknüpfungspunkte zur kommunalen Ebene feststellt. So sind durch den Landtag besonders bedeutsame Vorhaben auf dem Weg zu einem familien- und kinderfreundlicheren Land herausgehoben worden und ich möchte den 5. Anstrich dieses Beschlusses zitieren - „ die Bereitstellung eines **Familienpasses** mit konkreten Leistungsangeboten, um Familien bei den Aufgaben der Erziehung und Bildung zu unterstützen und ihnen den Zugang zu Freizeit- und Kultureinrichtungen zu erleichtern.“

Wir denken Familienpass oder nur einfach Luckenwalde-Pass trifft es besser und stigmatisiert die Passinhaber nicht vordergründig als sozial Betroffene. Der Fachausschuss wird sich sicherlich in bewährter Art und Weise dieser Frage annehmen.

Bei der Umsetzung des Antrages zur Öffentlichmachung der Investitionsprojekte wünschen wir uns ein schnelles Gespräch der Bürgermeisterin mit der HK und IHK, um das städtische

Auftragsvolumen überwiegend den regional ansässigen Unternehmen nutzbar zu machen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
eine Vorlage, die auch Haushaltsrelevanz besitzt, aber noch einmal in den zuständigen Fachausschuss gegeben wurde, betrifft die Veränderung der Betreuungssätze für Tagesmütter und -väter. Die Diskussion im Fachausschuss und auch in meiner Fraktion mit Betroffenen hat gezeigt, dass bei Durchsetzung Kosteneinbußen von bis zu 60 Prozent bei der Betreuung von Kindern ab 3 Jahren für die Tagesmütter und -väter festzustellen sind. *(Beispielrechnungen erhielten die Mitglieder des Fachausschusses)* Das geht so nicht und sollte von Seiten der Verwaltung mindestens mit einem Bestandsschutz für die abgeschlossenen Verträge verbunden werden und einer entsprechenden Regelung in der Satzung – mindestens aber als Protokollnotiz in der Stadtverordnetenversammlung. Auch möchten wir deutlich der Auffassung der Verwaltung bei der Einbringung des Haushaltes im Dezember 2005 widersprechen, dass die Anhebung der Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung zukünftig nicht ausgeschlossen wäre. Elternbeitragserhöhungen sind mit meiner Fraktion nicht zu machen. Wir appellieren an die Verwaltung, wieder eine produktive Atmosphäre mit den Trägern von Kita-Einrichtungen herzustellen, Reserven in der Ausgabenstruktur wie auch bei allzu großen Differenzierungen zu erschließen, aber keine weiteren Elternbeitragserhöhungen zum Gegenstand von Beschlussvorlagen werden zu lassen.
Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Manfred Thier
Stadtverordneter
Die Linkspartei.PDS-Fraktion